

# Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **21.12.2021**

Nr.: **34/2021**

## I N H A L T :

Lfd. Nr.	Titel	Seite
71/2021	Satzung zur Änderung der Satzung vom 22. November 1980 der Jagdgenossenschaft Sellen I in Steinfurt .....	2
72/2021	S a t z u n g zur Änderung der Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 LWG NRW der Kreisstadt Steinfurt vom 15.12.2017 (II. Nachtrag vom 17.12.2021).....	6
73/2021	S a t z u n g zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) im Gebiet der Kreisstadt Steinfurt (IX. Nachtrag vom 17.12.2021) .....	9
74/2021	Gebührentarif vom 17.12.2021 gemäß § 1 Satz 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und der Bestattungseinrichtungen. ....	11
75/2021	Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Steinfurt vom 17.12.2021 (8. Nachtrag) .....	14
76/2021	Gebührentarif vom 17.12.2021 gem. §§ 4 Abs. 6, 5 Abs. 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Kostenersatz zur Entwässerungssatzung der Kreisstadt Steinfurt.....	16
77/2021	Bebauungsplan Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ - 1. Änderung und Ergänzung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt 1. Änderung des Geltungsbereiches und der Planbezeichnung 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) und § 4 (2) Baugesetz- buch (BauGB) in der Zeit vom 03.01.2022 bis 04.02.2022.....	18
78/2021	Bebauungsplan Nr. 15 „südlich Emsdettener Straße“ - 20. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) in der Zeit vom 03.01.2022 bis 04.02.2022 .....	23
79/2021	Bebauungsplan Nr. 33a „Industriestraße / Schützenstraße“ – 2. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit .....	27

## **B4kanntmachung**

---

### **Satzung zur Änderung der Satzung vom 22. November 1980 der Jagdgenossenschaft Sellen I in Steinfurt**

\*\*\*\*\*

Die Versammlung der Mitglieder der Jagdgenossenschaft des gemeinschaftlichen Jagdbezirks Sellen I in Steinfurt hat am 24. November 2021 aufgrund des § 7 Abs. 2 des Landesjagdgesetzes (LJG-NRW) folgende Satzung zur Änderung der Satzung vom 22.11.1980 (Abl. Stadt Steinfurt Nr. 66/80 vom 25.11.1980) beschlossen; dabei gelten die Bezeichnungen (wie z. B. Jagdgenosse, Jagdvorsteher) sowohl für männliche als auch für weibliche Personen:

#### **§ 1**

##### **Mitglieder, Mitgliederverzeichnis**

1. In § 4 Abs. 1 der Satzung ist der Klammerzusatz in (§ 9 Absatz 1 BJG) zu berichtigen.
2. Dem § 4 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt:

(3) Die Jagdgenossenschaft ist, soweit es zur Erfüllung der ihr gesetzlich zugedachten Aufgaben erforderlich ist, zur Datenverarbeitung von personen-bezogenen Daten der Mitglieder und sonstiger Dritter berechtigt. Dies gilt insbesondere für personenbezogene Daten der Jagdgenossen, Jagdausübungs-berechtigten, Jagdgäste sowie der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschafter des eigenen und der angrenzenden Jagdbezirke. Daten zu Grund-stücken und Eigentumsverhältnissen von Flächen, die nach § 6a BJG von der Bejagung ausgenommen sind, werden von der Jagdgenossenschaft außerhalb des eigentlichen Jagdkatasters gesondert geführt.

(4) Die Jagdgenossenschaft hält eine Jagdgebietskarte vor, aus der sich die Jagdbezirksgrenzen entnehmen lassen.

#### **§ 2**

##### **Durchführung der Genossenschaftsversammlung**

1. Dem § 9 Abs. 1 der Satzung wird folgender Satz 3 hinzugefügt:

Wird der Haushaltsplan für mehrere Jahre aufgestellt (§ 15 Abs. 1 der Satzung), genügt die Einberufung einer Genossenschaftsversammlung während dieses Zeitraumes.

2. § 9 Abs. 3 Satz 1 der Satzung erhält folgende Fassung:

Die Einladung zur Genossenschaftsversammlung ergeht durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Steinfurt (§ 17 Abs. 2 dieser Satzung) unter Angabe von Ort und Zeitpunkt der Versammlung sowie der Tagesordnung.

3. § 9 Abs. 4 Satz 2 der Satzung erhält folgende Fassung:

Für die Abwicklung bestimmter Angelegenheiten, insbesondere zur Durchführung von Wahlen, kann eine andere Person für die Versammlungsleitung bestellt werden.

## § 3

Beschlussfassung der Jagdgenossenschaft

Dem § 10 Abs. 5 der Satzung wird folgender Satz 2 hinzugefügt:

Das Mitwirkungsverbot gilt jedoch für den Fall nicht, dass ein Jagdgenosse, der die Ausübung der Jagd von der Jagdgenossenschaft pachten möchte, selbst an der Abstimmung über die Vergabe der Jagdpacht und über die Verlängerung eines Jagdpachtvertrages teilnimmt oder eine Stellvertretung hierzu bevollmächtigt (§ 7 Abs. 7 LJG). Als Vorstandsmitglied darf ein Jagdgenosse nicht an Verträgen mit sich selbst mitwirken.

## § 4

Jagdvorstand

1. § 11 Abs. 2 der Satzung erhält folgende Fassung:

(2) Wählbar für den Jagdvorstand ist jede volljährige und geschäftsfähige Person.

2. Dem § 11 Abs. 3 der Satzung werden folgende Sätze 4 und 5 hinzugefügt:

Wenn infolge von höherer Gewalt oder des gesetzlich oder behördlichen Verbotes von Versammlungen eine Genossenschaftsversammlung zur Durchführung der Vorstandswahlen nicht stattfinden kann, verlängert sich die Amtszeit des Vorstands bis zur Wahl eines neuen Vorstands um einen Zeitraum von bis zu zwei Geschäftsjahren. Die verlängerte Amtszeit endet, wenn die Vorstandswahlen nicht innerhalb von drei Monaten nach Wegfall des Hindernisses nachgeholt werden.

3. In § 11 Abs. 4 der Satzung erhält der Halbsatz nach dem ; folgende Fassung:

Absatz 3 Sätze 2, 3 und 4 finden entsprechende Anwendung.

4. Dem § 11 Abs. 6 der Satzung wird folgender Satz 2 hinzugefügt:

Die Jagdgenossenschaft gewährt dem Geschäftsführer einen angemessenen Aufwendungsersatz in pauschalierter Form, der im Haushaltsplan zu veranschlagen ist.

## § 5

Vertretung der Jagdgenossenschaft

§ 12 Abs. 3 der Satzung erhält folgende Fassung:

(3) Ein Mitglied des Jagdvorstandes darf – vorbehaltlich der Sonderregelung für Jagdgenossenschaftsversammlungen nach § 10 Abs. 5 dieser Satzung – bei Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft nicht beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung ihm selbst, dem Ehepartner, Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grade oder einer von ihm kraft Gesetzes oder rechtsgeschäftlicher Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

## § 6

Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Dem § 15 Abs. 3 der Satzung wird nach Satz 1 ein neuer Satz 2 hinzugefügt:

Im Falle des § 9 Abs. 1 Satz 3 werden die Rechnungsprüfer für den Zeitraum des Haushaltsplanes bestellt.

## § 7

### Bekanntmachungen der Jagdgenossenschaft

§ 17 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 der Satzung erhalten folgende Fassung:

(1) Die Satzung und Änderungen der Satzung sind mit der Genehmigung der Aufsichtsbehörde durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Steinfurt (§ 14 der Hauptsatzung) bekanntzumachen.

(2) Sonstige Bekanntmachungen der Jagdgenossenschaft, insbesondere eine Einladung zur Genossenschaftsversammlung, werden ebenfalls durch die Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Steinfurt vorgenommen; dies gilt auch dann, wenn Rechtsvorschriften eine ortsübliche Bekanntmachung vorschreiben.

(3) Soweit Einladungen auswärtiger Jagdgenossen nicht durch schriftliche Mitteilung erfolgen, haben auswärtige Jagdgenossen selbst zu gewährleisten, dass Bekanntmachungen nach Absatz 1 und 2 durch Informationsweitergabe durch Dritte an sie erfolgen. Die am Sitz der Jagdgenossenschaft wohnenden Dritten sind in diesem Fall durch den Jagdgenossen zusätzlich als Zustellungsbevollmächtigte zu benennen. Die Bekanntgabe gilt jeweils auch dann als erfolgt, wenn der Jagdgenosse es unterlassen hat, einen ortsansässigen Dritten als Zustellungsbevollmächtigten zu benennen.

## § 8

### Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

(1) Diese Satzung wird gemäß § 7 Abs. 2 LJG-NRW mit der Bekanntmachung der Satzung und Ihrer Genehmigung im Amtsblatt der Stadt Steinfurt rechtsverbindlich.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung treten gleichzeitig die entgegenstehenden Bestimmungen der Satzung vom 22. November 1980 außer Kraft.

(3) Die Amtszeit des in der Genossenschaftsversammlung gewählten amtierenden Jagdvorstandes und des Geschäftsführers endet mit dem 31. März 2024.

### **Genehmigungsverfügung**

Die vorstehende Satzung der Jagdgenossenschaft Sellen I, die von der Genossenschaftsversammlung am 24. November 2021 beschlossen worden ist, wird von mir gemäß § 7 Absatz 2 des LJG-NRW genehmigt.

Steinfurt, am 30.11.2021 .

L. S.

**Der Landrat**  
des Kreises Steinfurt  
als untere staatliche  
Verwaltungsbehörde  
i.A.

gez.: Ternes

### **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung der Jagdgenossenschaft Sellen I sowie die Genehmigung des Landrates als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Steinfurt vom 30.11.2021 werden öffentlich bekannt gemacht.

Das Amtsblatt der Stadt Steinfurt liegt im Rathaus in Steinfurt, Emsdettener Straße 40, Zimmer 101, aus. Hier kann das Amtsblatt mit der Satzung auch kostenlos abgeholt werden. Es kann auch im Internet unter der Adresse des Amtsblattes direkt eingesehen werden.

Steinfurt, den 06.12.2021

**Der Jagdvorstand**

gez.: Sundermann

gez.: B. Westhues

gez.: Ch. Göckenjan

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzerin

---

## **Bekanntmachung**

---

### **S a t z u n g**

#### **zur Änderung der Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 LWG NRW der Kreisstadt Steinfurt vom 15.12.2017 (II. Nachtrag vom 17.12.2021)**

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916), des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. S. 1029), der §§ 39 bis 42 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.06.2021 (BGBl. I S. 1699 ff.), der §§ 62 bis 65 des Landeswassergesetzes NRW (LWG NRW) in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften vom 08.07.2016 (GV. NRW. S. 559), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2021 (GV NRW 2021 S. 560 ff.) hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 16.12.2021 die folgende Satzung beschlossen:

### **Artikel I**

Der § 5 der Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 LWG NRW der Kreisstadt Steinfurt vom 15.12.2017 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Gebühr bemisst sich gemäß § 64 Abs. 1 Satz 8 LWG NRW pro Quadratmeter Grundstücksfläche. Dabei werden die Kosten zur Erfüllung der Pflicht zur Gewässerunterhaltung (§ 1 dieser Satzung) gemäß § 64 Abs. 1 Satz 7 LWG NRW zu 90 % auf die befestigten Flächen und zu 10 % auf die übrigen (= unbefestigten) Flächen umgelegt, die sich auf die Grundstücke der einzelnen Wasser- und Bodenverbandsgebiete befinden.
- (2) Befestigte Flächen im Sinne des § 64 Abs. 1 Satz 7 LWG NRW sind alle Flächen, auf denen bauliche Anlagen jedweder Art oder sonstige vom natürlichen Wasserabfluss abweichende Befestigungen des Bodens vorzufinden sind. Befestigte Flächen sind hiernach insbesondere die mit Gebäuden bebauten Flächen sowie die Befestigung von Flächen durch Beton, Asphalt, Pflastersteinen, Rasengittersteinen, Rasenfugensteinen, Schotter oder ähnliche Materialien.
- (3) Übrige Flächen im Sinne des § 64 Abs. 1 Satz 7 LWG NRW sind alle unbefestigten Flächen, die eine natürliche Bodenbeschaffenheit aufweisen. Hierzu gehören insbesondere Rasenflächen, Blumenbeete, Wiesen, Äcker, Weiden und Waldflächen.
- (4) Die Ermittlung der Erhebungsdaten, welche sich aus den befestigten und den übrigen (unbefestigten) Flächen ergeben, kann anhand von aktuellen Luftbildern im Wege einer computergesteuerten digitalen Technik oder im Wege der Selbstauskunft des nach § 4 dieser Satzung Gebührenpflichtigen erfolgen. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage von Plänen und weiteren Unterlagen von den Grundstückseigentümern einfordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des

Grundstückseigentümers vor, wird die befestigte und die übrige(unbefestigte) Fläche von der Stadt geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur verursachergerechten Abrechnung der Gewässerunterhaltungsgebühr gemäß § 64 Abs. 1 LWG NRW und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung dieser Gebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.

- (5) Ändern sich die Grundstücksgröße, die befestigte oder die übrige, nicht befestigte Fläche des Grundstücks, so hat der Gebührenpflichtige die Größe der neuen Flächen binnen eines Monats nach Änderung der Stadt anzuzeigen. Abs. 4 Satz 2 ff. gilt entsprechend.

## Artikel II

Der § 6 der Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 LWG NRW der Kreisstadt Steinfurt vom 15.12.2017 erhält folgende Fassung:

- (1) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Vechte und Steinfurter Aa** liegen, beträgt:

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr: 0,032512 €

für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr: 0,000359 €

- (2) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Vechte und Gauxbach** liegen, beträgt:

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr: 0,032512 €

für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr: 0,000359 €

- (3) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Steinfurter Aa** liegen, beträgt:

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr: 0,019790 €

für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr: 0,000219 €

- (4) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Frischofsbach** liegen, beträgt:

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr: 0,032512 €

für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr:

0,000359 €

(5) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Emsdettener Mühlenbach und Nordwalder Aa** liegen, beträgt:

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr:

0,033926 €

für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m<sup>2</sup>/Jahr:

0,000374 €

### Artikel III

Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.

#### **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 17.12.2021

Az.: 20 12 11 / Re

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

---



## **Bekanntmachung**

---

### **S a t z u n g**

#### **zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) im Gebiet der Kreisstadt Steinfurt (IX. Nachtrag vom 17.12.2021)**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV NRW S. 916), der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG) vom 18.12.1975 (GV NRW S. 706), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.10.2016 (GV NRW S. 868) sowie der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV NRW 2018 S. 1029) hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 16.12.2021 folgende Satzung beschlossen:

#### **Artikel I**

§ 6 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die Benutzungsgebühr je Frontmeter (Absätze 1 bis 3) beträgt jährlich:

- Anliegerstraße	1,48 €
- Hauptverkehrsstraße	1,18 €
- Fußgänger geschäftsstraßen/ verkehrsberuhigte Bereiche	9,90 €

Wird mehrmals wöchentlich gereinigt, vervielfacht sich die Benutzungsgebühr entsprechend.

#### **Artikel II**

Diese Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) im Gebiet der Kreisstadt Steinfurt tritt am 01. Januar 2022 in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- e) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- f) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- g) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- h) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 17.12.2021

Az.: 20 12 10 / Re

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

---

## **Bekanntmachung**

---

### **Gebührentarif vom 17.12.2021 gemäß § 1 Satz 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und der Bestattungseinrichtungen.**

Der Rat der Stadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 nachstehenden Gebührentarif beschlossen.

#### **Nutzungsgebühren:**

- |   |            |
|---|------------|
| 1. Reihengräber (30 Jahre)  |            |
| a) Erwachsene   | 1.620,00 € |
| b) Kinder bis zu 5 Jahren   | 660,00 €   |
| c) Rasenreihengrab  | 1.620,00 € |
| 2. Grabstätten auf dem muslimischen Grabfeld<br>Kommunalfriedhof Burgsteinfurt (50 Jahre) |            |
| a) Reihengrab   | 2.696,00 € |
| b) Wahlgrabstätte je Stelle   | 2.696,00 € |
| 3. Wahlgrabstätte (40 Jahre), je Stelle   | 2.415,00 € |
| 4. Urnengrabstätte (30 Jahre)   | 560,00 €   |
| 5. Urnenrasenreihengrab (30 Jahre)  | 560,00 €   |
| 6. Urnenwahlgrabstätte (zur Beerdigung von bis zu zwei Urnen, 40 Jahre)                   | 740,00 €   |
| 7. Urnenwahlgrabstätte (zur Beerdigung von bis zu drei Urnen, 40 Jahre)                   | 1.110,00 € |
| 8. Urnenwahlgrabstätte (zur Beerdigung von bis zu vier Urnen, 40 Jahre)                   | 1.480,00 € |
| 9. Grabstätte für Tot- und Fehlgeburten,<br>Leibesfrucht aus Schwangerschaftsabbruch      | 230,00 €   |
| 10. Urnenstele (eine Kammer für bis zu zwei Urnen, 30 Jahre)                              | 2.240,00 € |

zu Nr. 1 c), 5 und 10:

Die der Stadt jeweils entstehenden Bezugskosten für die Grabplatte und Inschrift sind gesondert zu erstatten.

Bei der Auswahl einer Rasengrabstätte (1c) und 5) ist zusätzlich die jeweilige Pflegegebühr gem. Nr. 17 zu entrichten.

**Bestattungsgebühren:**

11. Erdbestattungen:	
a) Erwachsene	1.130,00 €
b) Kinder bis zu 5 Jahren	430,00 €
c) Tot- und Fehlgeburten, Leibesfrucht aus Schwangerschaftsabbruch	130,00 €
12. Erdumbettungen	
a) auf städt. Friedhöfen	2.620,00 €
b) Ausgrabungen einer Leiche zwecks Umbettung auf einen anderen, nicht-städtischen Friedhof ohne Überführung	2.020,00 €
13. Urnenerdbestattung	560,00 €
14. Urnenumbettung	310,00 €

zu Nr. 12 und 14:

Etwa entstehende Kosten für die Wiederherrichtung von beschädigten Nachbargräbern, ggf. für einen Ersatzsarg, sind gesondert zu erstatten.

**Gebühren für das Abräumen und die Pflege einer Grabstelle:**

15. Abräumen einer Grabstelle	230,00 €
16. Pflege einer abgeräumten Grabstelle (je volles Jahr der Restnutzungsdauer, mindestens jedoch eine Jahresgebühr)	
a) Einzelgrab (je Jahr)	44,00 €
b) Doppelgrab (je Jahr)	73,00 €
17. Pflege eines Rasenreihengrabes	
Sargbestattung (30 Jahre)	2.390,00 €
Urnenbestattung (30 Jahre)	640,00 €

Dieser Gebührentarif tritt am 01.01.2022 in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- i) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- j) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- k) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- l) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 17.12.2021  
Az.: 20 12 15 / Re

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

---

## **Bekanntmachung**

---

### **Satzung**

### **zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Steinfurt vom 17.12.2021 (8. Nachtrag)**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV NRW, S. 916), der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV NRW, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV NRW, S. 1029), und § 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21.06.1988 (GV NRW, S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07.04.2017 (GV NRW, S. 442), hat der Rat der Stadt Steinfurt in seiner Sitzung am 16.12.2021 folgende Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Steinfurt beschlossen:

### **Artikel I**

§ 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Die Gebühr beträgt im Einzelnen:

#### **Restabfall:**

80-Liter-Gefäß (4-wöchentliche Leerung)	67,- €
60-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	84,- €
80-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	94,- €
120-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	116,- €
240-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	180,- €
1.100-Liter-Container (14-tägliche Leerung)	767,- €

#### **Bioabfall:**

40-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	52,- €
80-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	63,- €
120-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	76,- €
240-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	114,- €

#### **Altpapier:**

120-Liter-Gefäß (4-wöchentliche Leerung)	0,- €
240-Liter-Gefäß (4-wöchentliche Leerung)	0,- €
1.100-Liter-Container (14-tägliche Leerung)	0,- €

Bei anteiliger Inanspruchnahme wird nach der Anzahl der beanspruchten Tage abgerechnet (siehe auch § 2 Abs. 1).

## Artikel II

§ 3 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

Für die auf Anforderung des Abfallbesitzers gem. § 16 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Steinfurt durchgeführte Sperrmüllabfuhr ist eine Gebühr von 20,00 € zu entrichten. Ausgenommen hiervon ist die Abfuhr von Elektrogroßgeräten. Die Gebühr ist vor der Durchführung der Sperrmüllabfuhr fällig und wird gegenüber dem Abfallbesitzer im Zusammenhang mit der Terminvergabe festgesetzt.

## Artikel III

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- m) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- n) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- o) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- p) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 17.12.2021

Az.: 20 12 12 / Re

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

## **Bekanntmachung**

---

### **Gebührentarif vom 17.12.2021 gem. §§ 4 Abs. 6, 5 Abs. 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Kostenersatz zur Entwässerungssatzung der Kreisstadt Steinfurt**

Der Rat der Stadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 nachstehenden  
Gebührentarif beschlossen:

#### **§ 1**

#### **Gebührentarif**

Die Benutzungsgebühr für die Inanspruchnahme der Entwässerungsanlage  
beträgt:

	<b>Bezogene Frisch- Wassermenge</b>
a) für die Ableitung des Schmutzwassers	1,14 €/m <sup>3</sup>
b) für die Reinigung des Schmutzwassers	1,30 €/m <sup>3</sup>
c) für die Starkverschmutzung gem. § 4 Abs. 7 - 11	
für Brauereien ein Zuschlag von	0,34 €/m <sup>3</sup>
d) für die Ableitung und Reinigung des Schmutzwassers mittels Druckentwässerung	1,87 €/m <sup>3</sup>

#### **Bebaute und be-**

#### **festigte Fläche**

e) für die Ableitung und Reinigung des Niederschlagswassers	0,42 €/m <sup>2</sup>
g) wie e) beim Auffangen gem. § 5 Abs. 6 der Satzung	0,21 €/m <sup>2</sup>
h) wie e) bei Dachbegrünung gem. § 5 Abs. 5 der Satzung	0,08 €/m <sup>2</sup>

#### **jährliche Grundgebühr**

f) für die Erhebung und Abrechnung der Nebenmessstelle für Wasserschwindmengen (z.B. Gartenwasserzähler)	6,80 €/Zähler
--	---------------



## § 2

### Inkrafttreten

Der Gebührentarif tritt am 01. Januar 2022 in Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- q) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- r) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- s) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- t) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 17.12.2021

Az.: 20 12 11 / Re

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

---

## **Bekanntmachung**

---

### **Bebauungsplan Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ - 1. Änderung und Ergänzung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt** **1. Änderung des Geltungsbereiches und der Planbezeichnung** **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) und § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) in der Zeit vom 03.01.2022 bis 04.02.2022**

#### **1. Änderung des Geltungsbereiches und der Planbezeichnung**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 09.09.2021 folgenden Beschluss gefasst:

*„Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ wird aufgrund der gemäß Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) erforderlichen Umwallung des Betriebsgeländes geändert. Er wird westlich des Flurstücks 126, Flur 61, Gemarkung Burgsteinfurt um einen 6,0 m breiten und dazu parallel verlaufenden Streifen des benachbarten Flurstücks 17, Flur 61, Gemarkung Burgsteinfurt ergänzt, der in der Planzeichnung des Bebauungsplanes als „Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“ festgesetzt ist. Da der Geltungsbereich des ursprünglichen Bebauungsplanes vergrößert wird, erhält die Bauleitplanung die neue Bezeichnung: Bebauungsplan Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ – 1. Änderung und Ergänzung.*

*Der Entwurf der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ ist gemäß § 3 (2) und § 4 (2) BauGB mit der Begründung und den dazugehörigen Anlagen öffentlich auszulegen.“*

Der Geltungsbereich der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 72 ist aus den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

#### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) und § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB)**

Gemäß § 3 (2) und § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) liegen der Änderungs- und Ergänzungsentwurf mit Begründung (einschließlich Umweltbericht) sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen

**in der Zeit vom 03.01.2022 bis 04.02.2022 (einschließlich)**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Der Umweltbericht bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethode sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplanes angemessenerweise verlangt werden kann.

Folgende umweltbezogene Informationen und Stellungnahmen sind verfügbar und liegen ebenfalls öffentlich aus:

- Umweltbericht der Kreisstadt Steinfurt, Steinfurt, vom 18.11.2021, mit einer Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen, die in der Umweltprüfung ermittelt wurden mit Kenntnissen zu den **umweltrelevanten Schutzgütern Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche und Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft, Mensch und seine Gesundheit, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie deren Wechselwirkungen** vor und nach der Maßnahmenrealisierung und die Erläuterung der beabsichtigten Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen
- Immissionsschutz-Gutachten des Sachverständigenbüros Uppenkamp und Partner, Ahaus, vom 12.11.2021 mit Informationen zu den **Schallemissionen und -immissionen** im Plangebiet und der näheren Umgebung
- Geruchstechnische Bewertung des Sachverständigenbüros Uppenkamp und Partner, Ahaus, vom 12.11.2021, mit Aussagen zu **Geruchsemissionen** durch die geplanten Änderungen
- Einzelfallprüfung, horst weyer und partner gmbH, Düren, vom 09.06.2020, zur Bestimmung eines angemessenen **Sicherheitsabstandes**
- Standsicherheitsnachweis des Büros M&O, Büro für Geowissenschaften, Spelle, vom 11.02.2021 mit einer Beurteilung der **Standsicherheit des Erdwalles** für das Havariebecken incl. Planzeichnung
- Konzept zur Verhinderung von Störfällen, erstellt durch die Energielenker Service GmbH, Münster, vom 03.03.2021, mit Aussagen zum **Gefahrenpotential und den Maßnahmen zur Verhinderung von Störfällen**
- Landschaftspflegerischer Begleitplan der öKon GmbH, Landschaftsplanung u. Umweltverträglichkeit, Münster, vom 18.12.2020, mit einer Einschätzung der Auswirkungen des Vorhabens auf **Naturhaushalt und Landschaftsbild** und erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag der öKon GmbH, Landschaftsplanung u. Umweltverträglichkeit, Münster, vom 17.12.2020, mit Aussagen zu **planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten**
- Karte der **schutzwürdigen Böden** (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird außerdem hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,

Auf die vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen folgender Behörden wird ebenso hingewiesen:

- Kreis Steinfurt, Umwelt- und Planungsamt, Stellungnahme vom 10.08.2021 mit Informationen zu den Auswirkungen des Vorhabens auf **Naturschutz und Landschaftspflege**

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i.V.m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag 08.00 bis 12.00 Uhr,

Montag und Donnerstag 14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung und unter Einhaltung der 3-G-Regel möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

**Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 09.09.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

**Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen öffentlich bekannt gemacht.

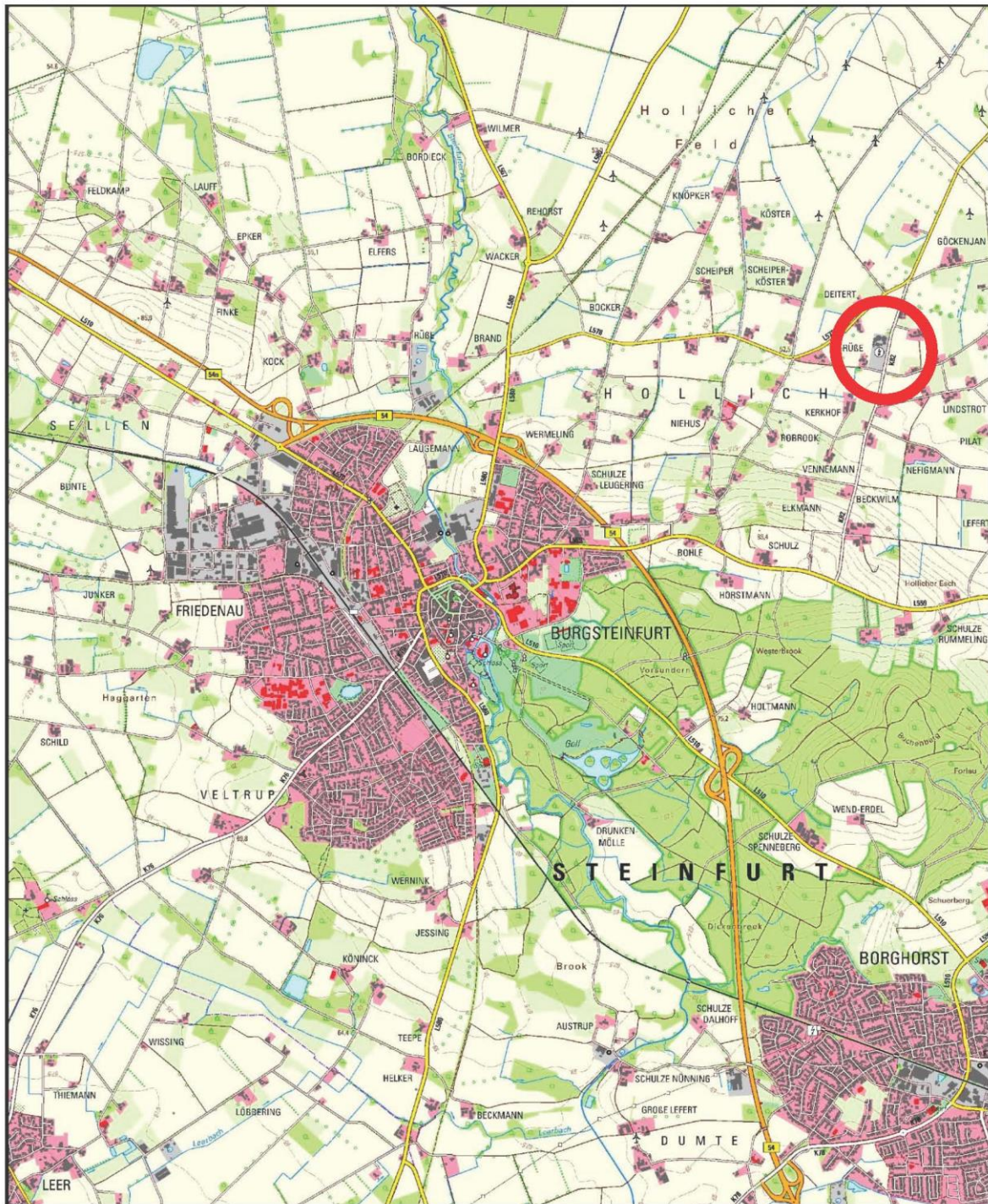
Kreisstadt Steinfurt, 15.12.2021

Die Bürgermeisterin

Az.: III/61-sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ – 1. Änderung und Ergänzung  
**Lage im Stadtgebiet**



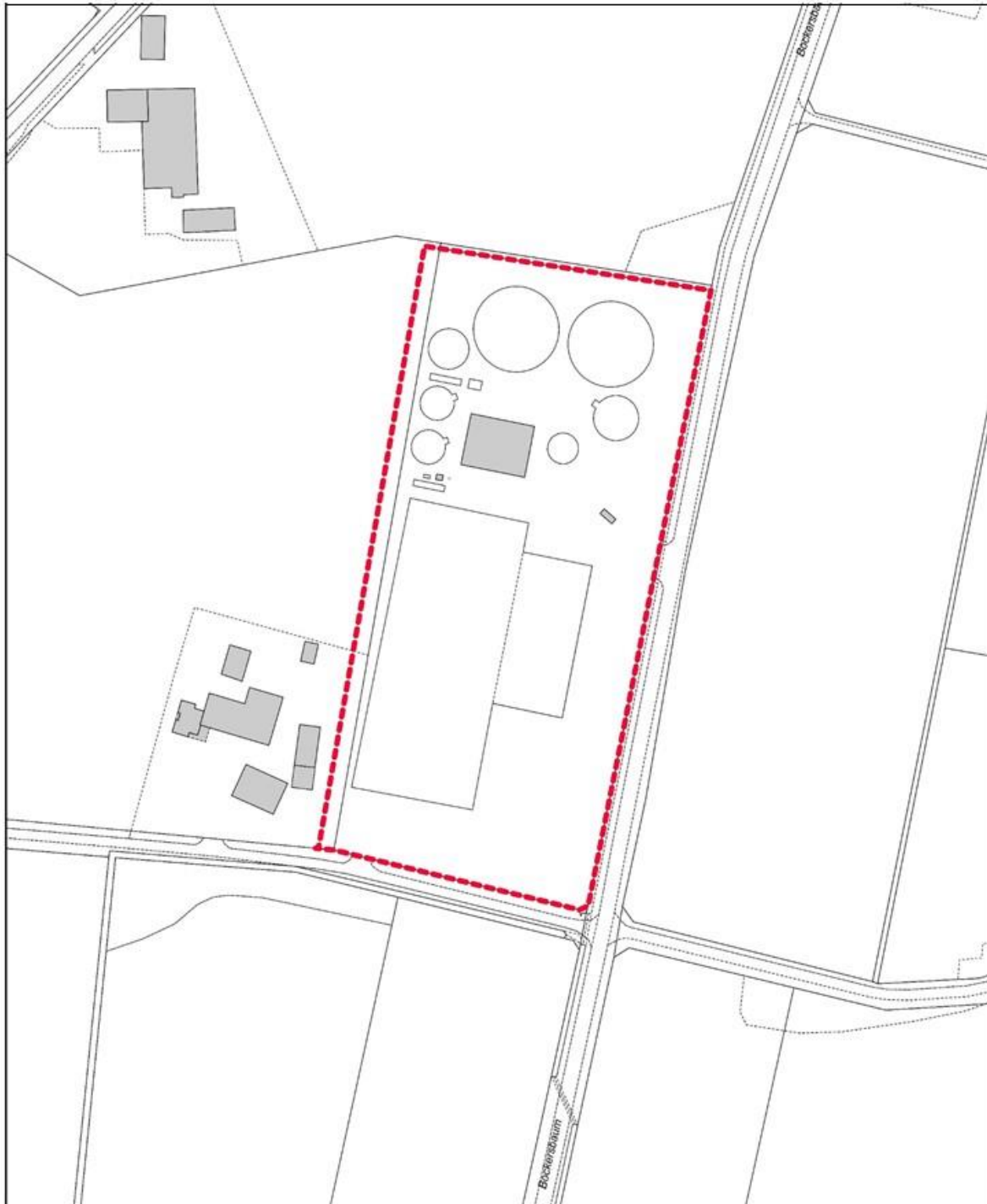
Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 35.000





Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ – 1. Änderung und Ergänzung  
**Geltungsbereich**



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 2.000



## **Bekanntmachung**

---

**Bebauungsplan Nr. 15 „südlich Emsdettener Straße“ - 20. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst  
hier: Durchführung der öffentlichen Auslegung  
gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB)  
in der Zeit vom 03.01.2022 bis 04.02.2022**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 beschlossen, den Entwurf zur 20. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 gemäß § 3 (2) BauGB mit der zugehörigen Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen und Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Der Geltungsbereich der 20. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 ist aus den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) liegen der Planentwurf mit Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen

**in der Zeit vom 03.01.2022 bis 04.02.2022 (einschließlich)**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Folgende umweltbezogene Informationen sind verfügbar und liegen ebenfalls öffentlich aus:

- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird außerdem hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Auf die Erstellung eines Umweltberichtes gemäß § 2 (4) BauGB mit der Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen wird verzichtet, da die Belange des Umweltschutzes nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a BauGB im unmittelbaren Plangebiet durch die nahezu vollständige Versiegelung der Verkehrsfläche bereits im Bestand erheblich beeinträchtigt und somit vorbelastet sind. Darüber hinaus begründet die Sanierung der Straßenverkehrsfläche keine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder nach Landesrecht. Außerdem bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 (6) Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter (Natura 2000-Gebiete). Ebenso werden durch die Straßensanierung gegenüber dem Bestand keine andersartigen umweltbezogenen Aus- und Wechselwirkungen erwartet, sodass die Belange des Umweltschutzes nicht in einem offensichtlichen Umfang nachteilig betroffen sind. Grundsätzlich werden die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, dennoch gemäß § 1 (6) Nr. 7 BauGB berücksichtigt.

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i.V.m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag 08.00 bis 12.00 Uhr,

Montag und Donnerstag 14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung und unter Einhaltung der 3-G-Regel möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik Bauen „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 16.12.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen öffentlich bekannt gemacht.

Kreisstadt Steinfurt, 17.12.2021

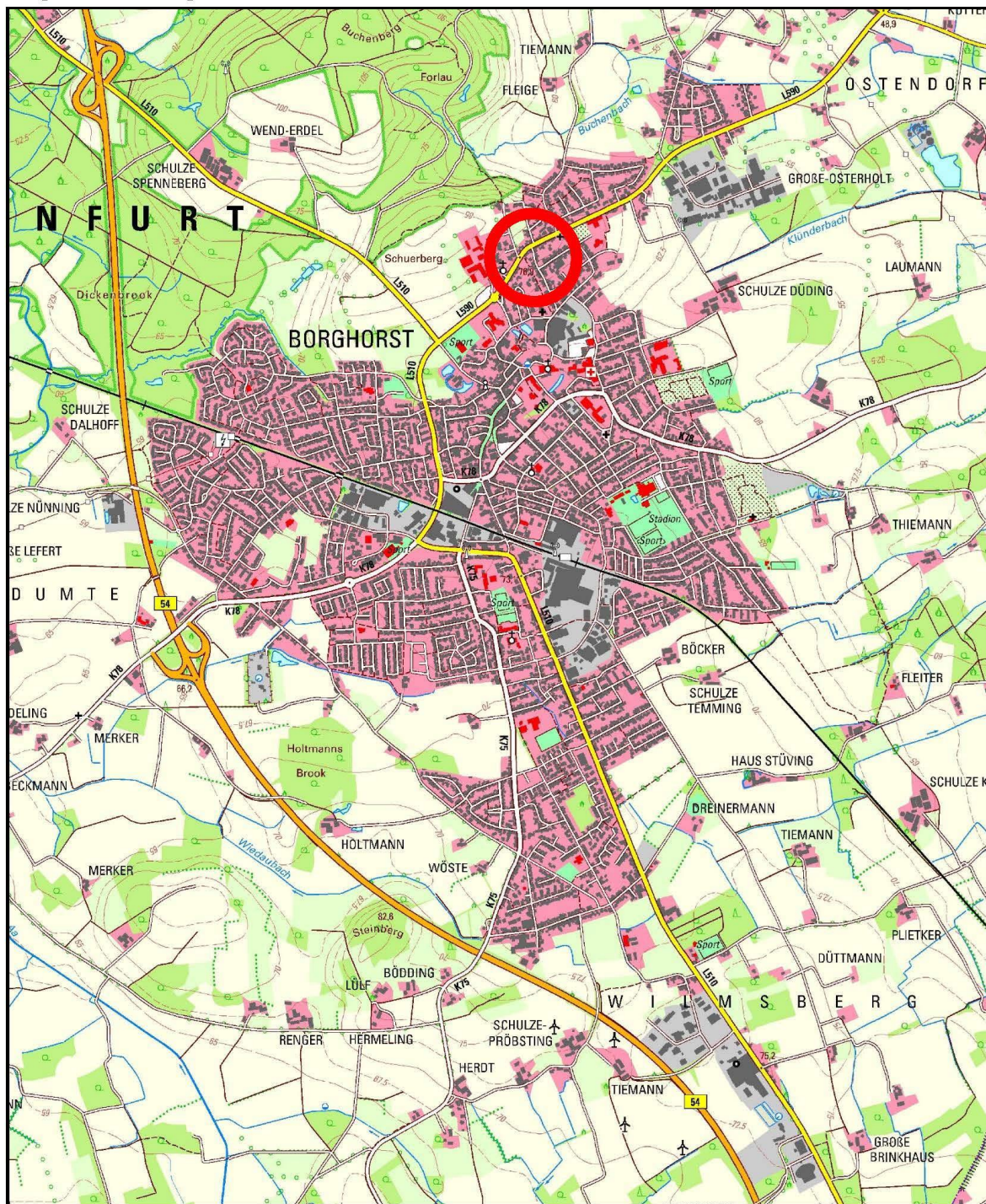
Die Bürgermeisterin

Az.: III/61-sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst  
Bebauungsplan Nr. 15 „südlich Emsdettener Straße“ – 20. Änderung  
Lage im Stadtgebiet

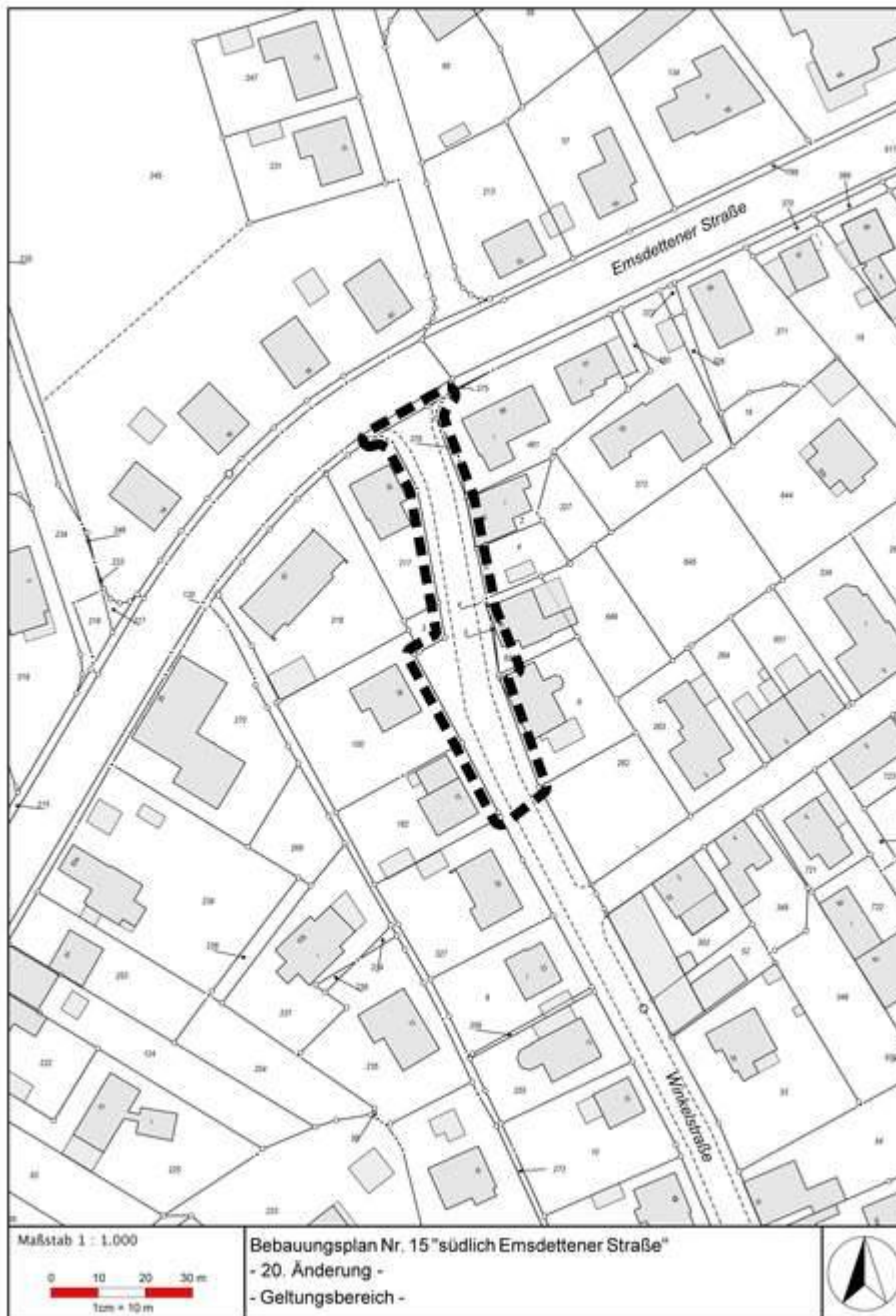


Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 25.000







## **Bekanntmachung**

### **Bebauungsplan Nr. 33a „Industriestraße / Schützenstraße“ – 2. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33a "Industriestraße / Schützenstraße" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

*„Gem. § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33a „Industriestraße / Schützenstraße“ gemäß § 13 BauGB mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB und § 89 Bauordnung NRW als Satzung beschlossen.*

Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes und die Begründung liegen bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, sowie § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, sowie § 2 (4) Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NW 1994 S. 516), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 16.12.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

#### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33a "Industriestraße / Schützenstraße" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 17.12.2021

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



